

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 09.03.2018

Von Christian Selz, Kapstadt
10.03.2018

Zeit für Gerechtigkeit [Südafrik]

Südafrikanisches Parlament macht Weg frei für entschädigungslose Landenteignungen



Weißer Eigentümer, schwarze Arbeiter: In Südafrika ist die Landfrage immer noch ungelöst (Klippoortie, 21.11.2012)

Foto: REUTERS/Siphiwe Sibeko

Die Habenden sind von Panik ergriffen. In der vergangenen Woche stimmte eine überwältigende Mehrheit im südafrikanischen Parlament für eine Änderung der Verfassung, die entschädigungslose Landenteignungen ermöglichen soll. Seitdem laufen die Verbände der weißen Farmer Sturm. Szenarien von einem Wirtschaftskollaps wie in

Simbabwe und Warnungen vor ausbleibenden Investitionen geistern durch die Gazetten. Selbst die Ernährungssicherheit haben die Besitzer der Ländereien, deren Hungerlöhne von umgerechnet rund einem Euro pro Stunde nicht einmal bei den eigenen Arbeitern für eine ausgewogene Ernährung sorgen können, plötzlich als Argument entdeckt. Doch wirklich begründet ist die Furcht nicht. Denn der regierende African National Congress (ANC) hatte dem Verfassungsänderungsantrag, der ursprünglich von der linken Oppositionspartei Economic Freedom Fighters (EFF) eingebracht worden war, erst nach einigen Abschwächungen zugestimmt. Nur zusammen kommen die beiden Parteien auf die für Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit. Bis Ende August soll sich nun zunächst das Parlamentskomitee für verfassungsrechtliche Prüfung mit dem Antrag befassen.

Ziel sei es anschließend freilich nicht, jegliches produktiv genutztes Ackerland zu enteignen, gab David Masondo, Mitglied des ANC-Komitees für ökonomische Transformation, am Dienstag vor Journalisten in der Hauptstadt Pretoria bereits Entwarnung. Das Motto sei vielmehr »Use it or lose it« – zu deutsch: Wer Land nicht bewirtschaftet, soll es verlieren. Das gelte im übrigen »auch, wenn man Schwarzer ist«, erklärte Masondo und führte aus, dass vor allem brachliegendes und ungenutztes Land sowie solches, mit dem lediglich spekuliert wird, enteignet werden soll. Masondo befindet sich damit im Einklang mit der Entscheidung des ANC-Parteitags vom Dezember, bei dem sich die Delegierten bereits für entschädigungslose Enteignungen ausgesprochen hatten – unter drei Bedingungen: einer gleichzeitigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, höherer Nahrungsmittelsicherheit und der Garantie, dass das Land an diejenigen zurückgegeben wird, denen es während der Kolonialzeit und unter dem rassistischen Apartheidregime geraubt worden war.

Überraschend kam die Parlamentsentscheidung damit – entgegen der Behauptung mancher westlicher Medien – keinesfalls. Dennoch bedeutet sie einen programmatischen Wandel innerhalb des ANC. Noch vor einem Jahr hatte die Regierungspartei einen ähnlichen Vorstoß der EFF im Parlament abgeschmettert. Nun, gut ein Jahr vor den nächsten Parlamentswahlen, scheint der Druck von links stark genug zu sein, um der ersten Post-Apartheid-Landreform, die den Namen auch verdient hätte, zumindest den Weg zu ebnen. Denn der Hunger nach Land ist in der weitestgehend noch immer in Armut lebenden schwarzen Bevölkerungsmehrheit gigantisch. Noch immer sind einer Regierungserhebung aus dem vergangenen Jahr zufolge 72 Prozent des Farmlands in Händen Weißer, die aber nur etwa acht Prozent der südafrikanischen Bevölkerung ausmachen.

Das bisherige Umverteilungsprogramm, bei dem der Staat lediglich freiwillig veräußerte Farmen aufkaufte, hat an den schon zu Zeiten der Apartheid bestehenden Verhältnissen bis heute kaum etwas ändern können. Die »derzeitigen politischen Instrumente« könnten einer »effektiven Landreform hinderlich sein«, gab selbst der ANC im geänderten Antragstext im Parlament zu. »Die Zeit der Versöhnung ist vorbei, jetzt ist es Zeit für Gerechtigkeit«, formulierte es EFF-Chef Julius Malema prägnanter. Es gehe nun darum, »die Würde unseres Volks wiederherzustellen, ohne die Kriminellen zu entschädigen, die unser Land gestohlen haben«.

Wie genau dies erreicht werden soll, ist aber noch unklar. Und während die EFF noch ihren Coup feiert, warnen linke Kritiker bereits, dass der neue ANC-Präsident Cyril Ramaphosa, ein schwerreicher Geschäftsmann, in einem möglichen Konfliktfall zwischen Steigerung der Agrarproduktion und radikaler Landreform eher auf der Seite der Investoren stehen dürfte. Entscheidend dürfte daher nun der Druck sein, den EFF und Landrechtsgruppen aufbauen können. Das erste wichtige Signal ist mit der Parlamentsentscheidung jedenfalls gesandt: Eigentumsverhältnisse können aufgebrochen werden, ökonomische Herrschaft ist nicht in Stein gemeißelt. Zumindest dahingehend ist die Panik der Habenden berechtigt.